



für lokale Verkehrslösungen  
für ein autobahnfreies Feistritz- und Lafnitztal  
[www.ags7.at](http://www.ags7.at) [www.buergeraktiv.at](http://www.buergeraktiv.at)

## **Nieten, Nullen und Versager (aktualisiert:& Verräter) ruinieren die Region: S7 soll gebaut werden, Bezirke Fürstenfeld und Jennersdorf samt Gerichten vor dem Aus ! Zurücknahme dieser Beschlüsse und BürgerInnenbeteiligung gefordert !**

Vor einer Woche hat die Steiermärkische Landesregierung beschlossen, mehrere Bezirke in der Steiermark zusammen zu legen, darunter auch die Bezirke Fürstenfeld und Hartberg: die Bezirkshauptmannschaft Fürstenfeld wird aufgelöst und der Sitz der zukünftigen Bezirksverwaltungsbehörde in Hartberg sein. Fürstenfeld, eine der ältesten Städte der Steiermark und bis ins neunzehnte Jahrhundert die drittgrößte Stadt des Herzogtums Steiermark verliert damit den Status als Zentralort der Region.

Vor dieser Entwicklung hat die „Allianz gegen die S7“ seit ihrem Bestehen gewarnt: schon im März 2004 – eine Woche nach der Gründung – wies die BürgerInneninitiative in der Öffentlichkeit auf die Gefahr „einer Ausdünnung der sozialen Infrastruktur“ durch den geplanten Bau der Fürstenfelder Schnellstraße S7 hin.

Aktuell steht die Schließung der Bezirksgerichte in Fürstenfeld und Jennersdorf auf der Agenda der Bundesregierung; der Landesrechnungshof Burgenland hat für den Fall der Schließung der Bezirkshauptmannschaft Jennersdorf eine Kostenersparnis von € 700.000 in den Raum gestellt und damit eine Diskussion um die Schließung in Gang gesetzt, die Steiermärkische Landesregierung hat schon gehandelt und Fürstenfeld als Standort der Landesverwaltung und mittelbaren Bundesverwaltung ab 1.1.2013 beseitigt.

Die Vorgangsweise erinnert an die anmaßenden und menschenverachtenden Instrumente imperialer Kolonialherrschaft bzw. an die Behandlung der Bürgerinnen und Bürger in totalitären Staaten. Ohne den betroffenen Menschen im Bezirk Fürstenfeld, die schließlich die negativen Auswirkungen dieser massiven Standortverschlechterung zu tragen haben, eine Teilnahme an dem von den Landesspitzen Voves (SPÖ) und Schützenhofer (ÖVP)

vorgenommenen Entscheidungsprozess zu ermöglichen, haben diese in diktatorischer Art und Weise einen Eingriff in einem für die Gestaltung der Lebensverhältnisse der Bürgerinnen und Bürger maßgeblichen Bereich vorgenommen:

Rechtswahrung, Rechtsverdeutlichung und Rechtsdurchsetzung sowie Bürgernähe der Verwaltung als Grundlage eines friedlichen Zusammenlebens wird durch die Schließung der Bezirkshauptmannschaft Fürstenfeld eine erhebliche Beeinträchtigung erleiden; schon die sprunghaft anwachsende Entfernung für Behördengänge nach Hartberg erweist sich als unzumutbare Belastung der Bürgerinnen und Bürger, dies wegen der Umweltschädlichkeit des motorisierten Individualverkehrs und der Unzulänglichkeit des öffentlichen Verkehrs in der Region.

Eine Kostensenkung der Verwaltung wird für die Eliminierung des Bezirkes Fürstenfeld (wie auch für die zeitgleich in Angriff genommenen Gemeindezusammenlegungen) ins Treffen geführt; es stellt sich allerdings die Frage, weshalb in den letzten Jahrzehnten, in Zeiten, in denen die Produktivität der Wirtschaft nur einen Bruchteil der heutigen betragen hat, der Bezirk Fürstenfeld und seine Gemeinden erhalten werden konnten und - auch damit - den Grundstein für einen steiermarkweit bemerkenswerten Aufschwung vollzogen wurde. Die Frage lautet also: In wessen Taschen landet in der Zukunft die angebliche Ersparnis ?

Eine erschütternde Rolle spielen bei der aktuellen Degradierung des Bezirkes Fürstenfeld die Bürgermeister und sonstigen politisch Verantwortlichen vor Ort: während sie jahrelang mit Vehemenz um die umweltzerstörende Müll- und Transitautobahn Fürstenfelder Schnellstraße S7 medial lautstark gebettelt haben, ist das Dröhnen ihres Schweigens und ihres Versagens rund um die Schließung der Bezirkshauptmannschaft Fürstenfeld als lange Zeit gelebte und in der Bevölkerung verankerte soziale Organisation nicht mehr zu ertragen:

die Vermutung liegt - auch aufgrund der für jedermann zugänglichen Erkenntnisse aus dem aktuellen parlamentarischen Untersuchungsausschuss - nahe, dass die „Erträge“ aus der Schließung der Bezirkshauptmannschaft Fürstenfeld schon längst zum Nachteil der Bürgerinnen und Bürger zum ausschließlichen Vorteil der Spekulanten, Konzerne, Banken und der Parteien ÖVP und SPÖ verplant und verteilt sind.

Die Bürgerinnen und Bürger und ihre Nachkommen sind letztlich das Opfer dieser in einem Zusammenhang stehenden Ausbeutung von Menschen und

Natur in der Region: durch die geplante Errichtung der Fürstenfelder Schnellstraße S7 als tickende Umweltbombe einerseits und die drohende und zum Teil bereits realisierte Ausdünnung der sozialen Infrastruktur in den Bezirken Fürstenfeld und Jennersdorf.

Die „Allianz gegen die S7“ und „Bürgeraktiv-Plattform für Menschen- und Bürgerrechte“ fordern daher:

- **die Landes- und Parteispitzen Voves und Schützenhofer haben in der Steiermärkischen Landesregierung die Zurücknahme der getroffenen Entscheidung hinsichtlich des Bezirkes Fürstenfeld zu bewirken;**
- **die Bürgermeister und Gemeinderäte des Bezirkes Fürstenfeld haben durch rasche Anordnung von Volksbefragungen nach dem Steiermärkischen Volksrechtegesetz in den Gemeinden des Bezirkes Fürstenfeld für eine zeitgemäße Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an geplanten strukturellen Veränderungen in der Region zu sorgen.**

Die Bürgerinnen und Bürger sind aufgerufen, sich das autoritäre und feige Verhalten der politisch Verantwortlichen nicht mehr länger gefallen zu lassen und sich willkürlich angeordneten Anordnungen durch politisches Engagement mit der Forderung nach Teilhabe an den für sie maßgeblichen Entscheidungsprozessen zu widersetzen !

Fürstenfeld, am 26.4 2012

Für die „Allianz gegen die S7“

Johann Raunikar

unterstützt von [www.buergeraktiv.at](http://www.buergeraktiv.at)

